

## Wohnservice: Bürgermeister sucht Ersatz

**Resolution** | Bernreiter redet mit möglichen Nachfolgern des Hilfswerks.

**HOLLABRUNN** | Weil das Hilfswerk sein Haus- und Wohnservice mit 1. Jänner 2014 cancel, hat FPÖ-Mandatar Christian Lausch nun eine Resolution im Gemeinderat eingebracht. Bürgermeister Erwin Bernreiter (ÖVP) soll mit Rotem Kreuz, Caritas und Volkshilfe in Kontakt treten, um über eine Ersatzlösung zu verhandeln.

Lausch hatte sich empört, dass das Hilfswerk sein Service aus rein wirtschaftlichen Überlegungen streicht (die NÖN berichtete) – ein Service, das betagte Menschen dabei unterstützt, ihr Leben in gewohnter Umgebung, also zu Hause, führen zu können. Er und Bernreiter sprechen von aktuell drei bis sieben Betroffenen in der Stadtgemeinde Hollabrunn, für die es allerdings schon eine Ersatzlösung geben soll.

Lausch wünscht sich dennoch, dass vonseiten der Politik eine zufriedenstellende Ersatzlösung erwirkt wird. „Wir dürfen nicht zulassen, dass Personen, die unser Land aufgebaut haben, im Stich gelassen werden.“ Die Gemeinde solle soziale Verantwortung leben. „Jede einzelne Person, die kurz vor Weihnachten im Stich gelassen wird, ist eine Person zu viel.“

„Ich werde mich bemühen und nehme gerne Kontakt mit den Organisationen auf“, sagte der Bürgermeister. Die Resolution wurde vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

# Heizung: „Gefahr in Verzug“ im Juni?

**SPÖ ortet Polit-Skandal** | ÖVP soll bei Vergabe der Arbeiten für neue Stadtsaal-Heizung getrickt haben. Der Bürgermeister dementiert.

Von Christoph Reiterer

**HOLLABRUNN** | Am 4. Juni dieses Jahres beauftragte Helmut Schneider, Verwaltungschef im Rathaus, via E-Mail zwei Hollabrunner Firmen mit der Durchführung der Arbeiten zum Anschluss des Stadtsaals ans Fernwärmenetz. Bürgermeister Erwin Bernreiter (ÖVP) hatte ihn dazu ermächtigt. Dass es dafür keinen Beschluss gab, regt Werner Gössl (SPÖ) auf.

„Wir sind nicht sicher, ob die Auftragsvergabe laut NÖ Gemeindeordnung in Ordnung war“, stellte auch Herbert Müll-

„Wir Hollabrunner Feudalherren brauchen bei 100.000 Euro doch kein zweites Angebot.“

Werner Gössl, SPÖ

ner, Vorsitzender des Prüfungsausschusses in Hollabrunn, fest. Doch Bernreiter ist sicher, korrekt gehandelt zu haben. Es sei Gefahr in Verzug gewesen.

Das wiederum brachte Gössl auf die Palme. Er rekapitulierte: Im Dezember 2012 sei ein Heizungsschaden im Stadtsaal notdürftig repariert worden. Erst im April habe es dann Angebote für



SPÖ-Chief Werner Gössl spricht offen von manipulierten Angeboten. Fotos: Archiv



Betont, verantwortungsvoll gehandelt zu haben: Bürgermeister Erwin Bernreiter.

den Fernwärmeanschluss geben, die noch dazu so dargestellt worden seien, dass kein Gemeinderatsbeschluss dafür notwendig gewesen sei.

„Wir Hollabrunner Feudalherren brauchen bei 100.000 Euro doch kein zweites Angebot“, höhnte Gössl. Anfang Juni sei dann der Auftrag vergeben worden, mit einem „Dreizeiler“ per E-Mail. „Ohne Bedingungen, ohne Termine. Weil der Winter einbruch Anfang Juli zu erwarten war“, kam Gössl in Fahrt.

Für ihn ist klar: „Hier ist ein Passus der Gemeindeordnung aufs Größte missbraucht und verletzt worden. Hier wurde unter da Hand vergeben.“ Derjenige, der dafür verantwortlich sei, habe viel „Mut zu glauben, da sitzen lauter Depperte herin“.

Der SPÖ-Fraktionsführer stellte in der öffentlichen Sitzung auch in den Raum, dass alle Mandatare des Prüfungsausschusses belogen worden seien. Ihnen sei ein Baubeginn im Juni bekannt gegeben worden. Der Ausschuss konnte jedoch nur

Arbeiten im Juli nachweisen. Auch der für den Stadtsaal zuständige FPÖ-Stadtrat Wolfgang Scharinger sprach von Juli.

Und Bürgermeister Bernreiter habe den Stadtrat nicht in der Sitzung vom 11. Juni, sondern erst am 14. August über die Vergabe und die „Gefahr in Verzug“ informiert. „Der Zeitraum für meine Entscheidungsfindung war knapp bemessen“, verteidigt er seine Vorgangsweise. Ein Bautagebuch der Firmen, das der Prüfungsausschuss vergeblich angefordert hatte, sei nicht erforderlich gewesen. Die Gefahr in Verzug sei für ihn außer Zweifel gestanden.

„Ich nehme meine Verantwortung wahr und stehe zu der Entscheidung. Wenn du glaubst, dass sie nicht gesetzlich war, dann setze Schritte. Für mich ist das Thema damit abgeschlossen“, sagte Bernreiter in Richtung Gössl. „Für uns noch nicht“, entgegnete der SPÖ-Boss. Er will nun die Aufsichtsbehörde befassen und prüfen, „was rechtlich möglich ist“.

NR Eva-Maria Himmelbauer

LAbg. Richard Hogl

Frohe Weihnachten.

Gutes neues Jahr.

volkspartei bezirk hollabrunn